

RM Kramer erläutert kurz den Antrag seiner Fraktion und regt den Rat an, diese lohnenswerte Möglichkeit und Einflussnahme zu nutzen und der Resolution zuzustimmen.

Bürgermeister Meisenberg spricht die verwaltungsseitigen Ausführungen zum Antrag der UWG an.

Er wird der Resolution nicht zustimmen und begründet dies damit, dass die Gemeinde bisher immer bemüht war, erträgliche Baumaßnahmen zu tätigen. Kostspielige Ausbauten wurden von der Bürgerschaft zudem auch nicht gewünscht. Die Gemeinde müsse weiterhin ihren gesetzlichen Verpflichtungen als Straßenbaulastträgerin nachkommen. Im Falle einer Abschaffung und der zu erwartenden nicht auskömmlichen und unsicheren Gegenfinanzierung durch das Land, wäre die Gemeinde gezwungen, auf andere Finanzierungsmöglichkeiten, wie zum Beispiel die Anhebung der Grundsteuer zurückzugreifen.

RM Jaeger erklärt für seine CDU-Fraktion, dass diese der ausführlichen Begründung der Verwaltung zustimme und keine gesicherte Kostendeckung durch das Land sehe. Seine Fraktion wird daher ebenfalls gegen die Resolution stimmen.

RM Rittel (FDP) sowie RM Zander-Wörner (Bündnis 90/Die Grünen) teilen mit, dass ihre Fraktionen ebenfalls gegen die Resolution stimmen werden.